

POLITIK INTERN

Neuer Parteimanager und neues Büro für die Neos

Landessprecher Markus Unterdorfer-Morgenstern sieht das Wählerpotenzial für seine Partei bei zehn Prozent.

O**bw**ohl sie bei den heurigen Wahlen den Einzug in den Kärntner Landtag nicht geschafft haben, glauben die Neos an ihre politische Zukunft im Bundesland. So wurde mit dem Finkensteiner IT-Unternehmer **Wolfgang Stauder** ein Geschäftsführer installiert, der am 1. August in das neue Parteibüro in der Klagenfurter Domgasse einzieht. Die Kosten übernimmt die Bundespartei. **Markus Unterdorfer-Morgenstern** Immobilien-



Parteichef Markus Unterdorfer-Morgenstern

unseren Ideen und Überzeugungen identifizieren, haben genug Charisma, um bei Wahlen erfolgreich zu sein.“ Die Frage, warum sich Wähler gerade für die Neos entscheiden sollen, beantwortet der Parteichef kurz und knapp: „Wir stehen für Transparenz und wollen konsequent darauf achten, wie sinnvoll das Steuergeld von der öffentlichen Hand ausgegeben wird.“

Einen kleinen Seitenhieb auf die aktuelle Landespolitik kann sich der ehemalige Profimusiker nicht verkneifen: „In diesen Tagen wird viel davon gesprochen, wie super alles läuft in Kärnten. Wenn das stimmt, würden nicht viele junge Kärntner das Land verlassen.“ Dagegen werde man anzukämpfen versuchen, wenn die Neos politische Verantwortung übertragen bekommen sollten.

Robert Benedikt



Das Urteil gegen den Villacher Bürgermeister Albel hat Signalwirkung für

VILLACH-LAND, WOLFSBERG, HERMAGOR

In drei Bezirken wird noch ermittelt

Urteil im Wahlkarten-Prozess mit großer Signalwirkung für weitere Behörden.

Der Magistrat Villach ist nicht die einzige Behörde, in der es bei der Bundespräsidenten-Stichwahl 2016 zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt derzeit noch in den Bezirkshauptmannschaften Villach-Land, Wolfsberg und Hermagor. Der Prozess am Donnerstag

könnte Signalwirkung haben und wurde mit großer Spannung beobachtet.

Am schwerwiegendsten sind die Vorwürfe gegen die BH Villach-Land. Laut Ermittlungsbehörden wurden Wahlkuverts noch am Wahltag aufgeritzt und Stimmzettel ausgezählt. Die Beisitzer unterschrieben zudem – so wie in Villach-Stadt –

das Sitzungsprotokoll, ohne tatsächlich bei der Auszählung anwesend gewesen zu sein. „Zu einem laufenden Verfahren geben wir keine Stellungnahme ab“, sagt Bezirkshauptmann Bernd Riepan.

In Wolfsberg – so die Ermittler – wurden Kuverts ohne Wahlbeisitzer maschinell geöffnet. „Unser Fall ist mit dem in Villach nicht direkt zu vergleichen. Man muss aber sicher mit allem rechnen“, sagt Behördenleiter Georg Fejan.

Ebenfalls vorzeitig geöffnet wurden die Wahlkuverts in Hermagor. Bezirkshauptmann Heinz Pansi will die Ermittlungen nicht kommentieren.

„Dann dürfte man nie wieder Fehler machen“

INTERVIEW. Villachs Bürgermeister Günther Albel will nach Verurteilung im Amt bleiben. Die Geldstrafe werde er aus eigener Tasche begleichen.

Von Markus Sebestyen

Herr Bürgermeister, Sie haben jetzt eine Nacht darüber geschlafen, wie sehen Sie Prozess und Urteil?
GÜNTHER ALBEL: Ich bin der Meinung, dass das, was ich von Anfang an gesagt habe, korrekt war. Ich habe einen Fehler gemacht und meine Schuld eingestanden. Die Strafe habe ich sofort angenommen und werde sie aus eigener Tasche begleichen.

Im Urteil wurde Ihnen und den weiteren Angeklagten ignoranten Verhalten attestiert und dass Bürger möglicherweise ihr Vertrauen in Wahlen verlieren. Das sind schwere Vorwürfe. Es ist aber auch klar herausge-

kommen, dass ich ein fehlerhaftes System übernommen habe. Und es wurde beim Prozess bestätigt, dass die Anzahl der Stimmen immer korrekt war. Daran gab es nie einen Zweifel. Es wurde österreichweit in über 100 Bezirken ermittelt, weil offensichtlich dasselbe System verfolgt wird. Das gibt mir schon zu denken.

Werden Sie zurücktreten?

Nein. Es war ein Fehler ohne Bereicherungsaspekt. Im Umkehrschluss hieße das, man dürfte nie wieder einen Fehler machen.

Nicht für jeden Fehler wird man verurteilt.

Das sagen Sie. Am Ende müßte das die Gerichte klären. Der Weg war von Anfang an klar. Viele Kollegen haben sich gewundert, dass ich einen Fehler eingestehe und dass ich nicht schuldig bekenne. Ich habe Schuld auch nie auf jemanden geschoben. Das ist nicht mein Führungsstil.

Für den Wahlamtsleiter gib zusätzlich zur Verurteilung Disziplinarverfahren. Für Sie? Ja, es gibt ein Disziplinarverfahren. Das ist für Beamte auch vorgesehen. Mein Verfahren wurde vor Gericht abgeschlossen.

Seit 20 Jahren wird bei Wahlen nicht rechtmäßig gearbeitet. Was sagt uns das über den Magis Villach?

Das ist auch in anderen Bezirken so passiert. Offensichtlich hat es hier ein Gesetz gegeben, das sich mehrere Bezirke leichtern wollen. Das ist auch passiert, weil es viel Druck gegeben hat, die Ergebnisse rechtzeitig für die Medien zu liefern.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch wegen Unregelmäßigkeiten beim ersten Wahlgang. Angst vor einem neuen Prozess? Nein, da war ich nicht dabei.

Alle Geschichten unter kleinezeitung.at/kaernten

KÄRNTEN

Neuer Anlauf gegen Glyphosat

Der Gesetzesentwurf richtet sich an private Nutzer.

Ist die private Anwendung von biologisch nicht abbaubaren Pestiziden bald verboten? In Kärnten wird ein weiterer Anlauf unternommen, um den Einsatz von Glyphosat einzuschränken. Im Frühjahr war ein Verbot am Nein der EU-Kommission gescheitert. Nun arbeitet die SPÖ im Landtagsklub einen neuen Entwurf aus. Das geplante Verbot richtet sich an private Anwender. Diese verfügen im Gegenzug zu

gewerblichen Nutzern über keinen Befähigungsnachweis und könnten deshalb laut SPÖ langfristige Folgen nicht abschätzen.

„Glyphosat ist nur eines von 520 in der EU zugelassenen Pflanzenschutzmitteln“, sagt Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ). „Mehr als ein Drittel dieser Pestizide sind laut Umwelt- und Gesundheitsexperten für Menschen, Tiere und die Umwelt gefährlich.“

VILLACH

Parteien fordern einen Rücktritt

ÖVP, Verantwortung Erde und Bürgerliste Villach legen Bürgermeister Rücktritt nahe. Laut FPÖ wisse Albel, „was er jetzt zu tun hat“.

Nach dem Urteil gegen den Villacher Bürgermeister und acht weitere Angeklagte gibt es erste Rücktrittsaufforderungen. ÖVP, Verantwortung Erde und Bürgerliste Villach rufen den Stadtchef auf, sein Amt abzugeben. „Er hat mit seinem gesetzwidrigen Handeln dem Ansehen der Stadt und dem seines Amtes massiven Schaden zugefügt“, heißt es. Der fraktionslose Ex-Vizebürger-

meister Richard Pfeiler hat sich der Rücktrittsaufforderung angeschlossen. Ebenfalls für Konsequenzen spricht sich die FPÖ aus. „Dass sich Bürgermeister Albel im Zuge der Gerichtsverhandlung als ahnungslos gab, zeichnet kein gutes Bild“, sagt Klubobfrau Katrin Nießner. Er wisse selber, was zu tun sei.

Differenzierter sehen die Villacher Grünen die Angele-

genheit. „Es war ein fahrlässiges Handeln. Die Personen haben aber dem handelnden Amt vertraut“, sagt Klubobfrau Sabina Schautzer.

Im Wahlkarten-Prozess werden am Donnerstag Mitglieder der Wahlkommission von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne zu Geldstrafen verurteilt. Sie wurden wegen falscher Beurkundung und Beglaubigung im Amt schuldig gesprochen.